

Verschwender nicht ermuntern — sondern zur Sparsamkeit erziehen

Es gibt auch Fälle, wo sich unsere Parteipresse zum Fürsprecher für Nachforderungen von Investmitteln macht. Als bei der Baustelle „Anatomie“ in Leipzig „plötzlich“ die Mittel ausgingen, schrieb die „Leipziger Volkszeitung“: „Eines Tages — es war im September — schlug wie ein Blitz die Nachricht ein, daß die Mittel fast verbraucht seien und die Baustelle Mitte Oktober stillgelegt werden müsse.“ Ausgehend von dieser Feststellung, „begründete“ die „Leipziger Volkszeitung“ die Notwendigkeit, weitere Mittel für diese Baustelle zur Verfügung zu stellen.

Wäre es nicht richtiger gewesen, wenn die „Leipziger Volkszeitung“ die Verantwortlichen gefragt hätte, wer diesen „Blitz“ verursacht hat, und daß sie mit einem „Donnerwetter“ dazwischengefahren wäre?

Nicht selten findet man auch in Zeitungen Abbildungen von Gebäuden — sogenannten Investruinen —, die nicht fertiggebaut werden konnten, weil die Mittel „ausgingen“. In den Kommentaren zu diesen Bildern wird dann gefordert, den Bürokratismus in der Verwaltung zu überwinden und „sofort die noch notwendigen Mittel bereitzustellen“. Die Redakteure müssen erkennen, daß solche Artikel nicht helfen, das Sparsamkeitsregime durchzusetzen. Derartige falsche Stellungnahmen ermuntern verantwortungslose Betriebsleitungen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten zu bauen.

Das 21. Plenum fordert, daß jeder Bau mit den bereitgestellten Mitteln fertigzustellen ist und daß eine Nachforderung von Investmitteln unserer Planung und dem Sparsamkeitsregime widerspricht. Unsere Parteipresse hat große Möglichkeiten, diesen Kampf zu unterstützen, indem sie gute Beispiele popularisiert, die zeigen, wie die Werktätigen bei Investitionsbauten sparen helfen.

Wir haben also bei Investitionen große Möglichkeiten, noch weitaus sparsamer als bisher zu wirtschaften. Die Parteiorganisationen in den staatlichen Verwaltungen haben dabei die Aufgabe, die leitenden Mitarbeiter zum wissenschaftlichen Arbeiten zu erziehen. Dazu gehört, daß sie das Studium des Lehrbuchs für politische Ökonomie organisieren und kontrollieren.

Die Beispiele zeigen auch, daß die Investitionsmittel noch nicht immer mit dem notwendigen Verantwortungsbewußtsein verteilt werden. Deshalb müssen unsere Parteiorganisationen in den staatlichen Verwaltungen ihre Erziehungsarbeit verbessern, um das politische Bewußtsein aller Mitarbeiter zu stärken.

Die Betriebsparteiorganisationen haben bei Investitionen ebenfalls eine große Verantwortung. Bei der Ausarbeitung des Plans müssen sie dafür sorgen, daß die Werktätigen über die Kontrollziffern des Investitionsplans mit beraten, um Vorschläge zur Senkung der Investsumme machen zu können. Wenn dann der Plan bestätigt ist, gilt es, den Kampf um die Einhaltung des Finanzplans zu organisieren.

Die Betriebsparteiorganisationen müssen allen an den Investvorhaben beteiligten Werktätigen beharrlich erklären, daß jede Ersparnis an Investitionsmitteln hilft, unsere Volkswirtschaft schneller aufzubauen.